

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 39. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 21. April 2004
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: Martina Siegenthaler, KV-Lehrtochter

Entschuldigt: Basil Kröpfli
Ursula Pozivil
Guido Beretta
Jürg Gass
Beatrice Salvisberg
Claudia Piatti

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ersatzwahl eines Ersatz-Mitglieds in die Kommission für Gemeindeordnung
und –reglemente anstelle des per sofort zurückgetretenen
Danilo Matiz, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) Geschäft 3512

2. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds in den Einwohnerrat
anstelle des per sofort zurückgetretenen Thomas Bartlome, CVP/SVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3513
3. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen
anstelle des per sofort zurückgetretenen Thomas Bartlome, CVP/SVP-Fraktion
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3514
4. Bericht des Gemeinderates vom 18. Februar 2004 betreffend
Standortbestimmung zur Strategischen Entwicklungs- und Massnahmen-
planung des Gemeinderates Allschwil (Strategiepapier) Geschäft 3497
5. Bericht des Gemeinderates vom 12.11.2003 und der Kommission
für Gemeindeordnung und Reglemente vom 09.01.2004 betreffend
Teilrevision Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen
vom 24.09.1997, 1. Lesung Geschäft 3466/A
6. Bericht des Gemeinderates vom 11.02.2004 betreffend
Leistungsvereinbarungen (Postulat von V. Meschberger, SP-Fraktion
vom 24.03.2003, Geschäft 3427) Geschäft 3427 A
7. Bericht des Gemeinderates vom 31.03.2004 betreffend Erneuerung
der Leistungsvereinbarung Spitex Allschwil/Schönenbuch Geschäft 3508
8. Bericht des Gemeinderates vom 10.03.2004 betreffend Nachtragskredit für
die Räumung des Familiengartenareals Baselmattweg Geschäft 3506
9. Interpellation von Lucius Cueni, SP, vom 19.02.2003, betreffend
Mobilfunkantennenanlagen Geschäft 3424

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Der/Die Protokollführer/in

Andreas Weis/R.Vecchi

Einwohnerratsprotokoll Nr. 39 vom 21.04.2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jean-Jacques Winter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident Jean-Jacques Winter begrüsst die Anwesenden. Als erstes verabschiedet er in deren Abwesenheit die beiden Herren Thomas Bartlome und Danilo Matiz. Thomas Bartlome hat den Wohnort gewechselt und Danilo Matiz musste aus gesundheitlichen Gründen aus dem Einwohnerrat zurücktreten.

Jean Jacques Winter wird in der Pause entscheiden, ob die vorgesehene Einwohnerratssitzung vom 19. Mai 2004 (Tag vor Auffahrt) stattfinden soll.

Traktandenliste

Christoph Morat, SP-Fraktion beantragt dem Plenum, das Traktandum 1, *Ersatzwahl eines Mitglieds in den Einwohnerrat anstelle des per sofort zurückgetretenen Danilo Matiz*, von der Traktandenliste zu streichen, da nicht genügend Zeit für eine geeignete Nachnomination vorhanden war.

://:

Die Traktandenliste wird mit grossem Mehr wie vorgeschlagen bereinigt.

392 01.030 Einwohnerrat
 01.032.004 Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente

**1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ersatzwahl eines Ersatz-Mitglieds in die Kommission für
Gemeindeordnung und –reglemente anstelle des per sofort
zurückgetretenen Danilo Matiz, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden
Legislaturperiode (bis 30.6.2004) Geschäft 3512**

Die SP-Fraktion unterbreitet folgende Nomination:

Martin Grieder

Weitere Nominationen liegen nicht vor.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) als Ersatzmitglied in die Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente gewählt:

Martin Grieder, SP-Fraktion

Mitteilung an:

- Martin Grieder, SP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Peter Greiner, Präsidium SP Allschwil
- Sekretariat Einwohnerrat

393 01.030 Einwohnerrat

**2. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds in den Einwohnerrat anstelle des per sofort
zurückgetretenen Thomas Bartlome, CVP/SVP-Fraktion, für den Rest
der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3513**

Der Vorsitzende Jean-Jacques Winter heisst das neue Parlamentsmitglied Josua Studer herzlich willkommen und wünscht ihm viel Erfolg in der neuen politischen Tätigkeit.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) in den Einwohnerrat gewählt:

Josua Studer, CVP/SVP-Fraktion

Mitteilung an:

- Josua Studer, CVP/SVP-Fraktion (als Wahlanzeige und zHd. SVP-Präsidium)
- Paul Brügger, Sekretariat CVP Allschwil
- Sekretariat Einwohnerrat

394 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**3. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für Verkehrs- und
Planungsfragen anstelle des per sofort zurückgetretenen Thomas
Bartlome, CVP/SVP-Fraktion für den Rest der laufenden
Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3514**

Seitens der CVP/SVP Fraktion liegt folgende Nomination vor:

Josua M. Studer

Weitere Vorschläge werden nicht eingereicht.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als neues Mitglied der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen anstelle des zurückgetretenen Thomas Bartlome, CVP/SVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:

Josua M. Studer

Mitteilung an:

- Josua M. Studer (als Wahlanzeige und zHd. SVP-Präsidium)
- Paul Brügger, Sekretariat CVP Allschwil
- Sekretariat Einwohnerrat

395 01.040 Gemeinderat

**4. Bericht des Gemeinderates vom 18. Februar 2004 betreffend
Standortbestimmung zur Strategischen Entwicklungs- und
Massnahmenplanung des Gemeinderates Allschwil (Strategiepapier)
Geschäft 3497**

Ziele zu formulieren macht nur Sinn, wenn sie auch gemessen werden, so Gemeindepäsidentin **Ruth Greiner**. Im Oktober 2000 hat der Einwohnerrat von der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates Kenntnis genommen. Ruth Greiner betont, dass die Standortbestimmung über die Dauer der

Legislaturperiode hinaus gemessen werden muss. Der Gemeinderat hat nun im Hinblick auf die auslaufende Legislaturperiode zu diesem Strategiepapier eine Standortbestimmung vorgenommen.

Anfang Jahr wurde dem Einwohnerrat die Standortbestimmung zu dieser Massnahmenplanung vorgelegt. Daraus geht hervor, dass der Gemeinderat bereits einiges erreicht hat. Andere Ziele können in absehbarer Zeit, auch in diesen finanziell schwierigen Zeiten, erreicht werden.

Frau Greiner verweist auf die Referate vom Büro Plattner und Schultz sowie der Interurban AG anfangs der Legislaturperiode. Die Erkenntnisse daraus zeigen ganz klar die grossen Vorzüge von Allschwil sowohl als Wohnort wie auch als Wirtschafts-Standort. Es zeigte sich aber auch, dass Allschwil wenig grosszügigen Wohnraum aufzuweisen hat. Ausgangslage war damals die Abnahme der Wohnbevölkerung. Des Weiteren muss das Standortmarketing optimiert sowie Wirtschaftsförderung betrieben werden. Letztlich ist auch die Sanierung der Finanzen ein grosses Ziel. Die Gemeindepräsidentin betont, dass wirklich viel erreicht wurde. Gerade in den letzten Wochen wurden in Sachen Schaffung von Wohnraum die Arbeiten am Sandweg aufgenommen und in der Zwischenzeit im Ziegeleiareal die beiden Erschliessungsstrassen gebaut.

Ebenfalls steht das Projekt Wegmatten II fest, die verschiedenen eingereichten Projekte sind im Gemeindezentrum öffentlich ausgestellt.

In Sachen Unternehmerschaft fand die Grundsteinlegung für das Forschungszentrum der Actelion statt. Dieses Unternehmen wird 300 meist hochqualifizierte Arbeitsplätze anbieten können.

Die Offenheit des Gemeinderates, der Behörden und der Verwaltung tragen sicher viel dazu bei, ebenso das offene Ohr für die Bedürfnisse der Unternehmer. Es wird auch einiges für die Bevölkerung getan. Sie denkt da z.B. an die Sportanlage im Brühl. Für das Familienzentrum läuft ein Studienwettbewerb, der Bau des Tageskindergartens „Quartierplanung Rankacker“ wurde ebenfalls gutgeheissen.

Wir stehen jetzt sozusagen in der Realisierungsphase.

EINTRETENSDEBATTE

Jean-Jacques Winter möchte dieses Papier von Kapitel 1 bis 18 einzeln durchgehen und bittet die Fraktionen um Eintreten, damit eventuelle Fragen den Gemeinderät/innen direkt gestellt werden können.

Peter Humbel, SP-Fraktion, hält fest, dass die Mitglieder der SP-Fraktion dem Gemeinderat dankbar sind, dass er nach zwei Dritteln dieser Zeitspanne dieses Strategiepapier vorlegt. Er ist dankbar für diese Standortbestimmung, ist sie doch ein gutes Nachschlagewerk für die politische Arbeit im Einwohnerrat. Das Papier gebe Aufschluss über den Stand der einzelnen strategischen Projekte. Er ist auch sehr dankbar, dass der Gemeinderat das Strategiepapier noch vor Ablauf der Legislaturperiode dem Einwohnerrat vorlegt, da sich der Gemeinderat in der neuen Amtszeit in einer anderen Besetzung präsentieren wird. Selbstverständlich erwartet die Fraktion, dass sich der Gemeinderat auch in der neuen Besetzung an diesem Strategiepapier orientiert - und dementsprechend handelt, damit am Ende der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2000 – 2006 Bilanz gezogen werden kann. Er erwartet, dass zu diesem Zeitpunkt der Gemeinderat ein neues Strategiepapier mit noch zu bestimmendem Zeitrahmen vorlegen wird. Die Fraktion ist für Eintreten auf dieses Geschäft und nimmt es zustimmend zur Kenntnis.

Eugen Neeser ist im Namen der FDP-Fraktion für Eintreten auf das Geschäft.

Er begrüsst diesen Entwicklungs- und Massnahmenplan, findet es auch gut, wenn er periodisch überprüft wird. Er schlägt als neuen Zeitraum der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung den Zeitraum von 2005 – 2011 vor. Die FDP-Fraktion würde sogar einen rollenden Entwicklungs- und Massnahmenplan im 3 Jahres-Takt vorziehen. Dabei sollte für wichtige strategische Fragen der Einwohnerrat einbezogen werden, indem man ein mehrstufiges Verfahren durchführt. Dabei sollten Ziele definiert und Diskussionen im Rat geführt werden. Erst dann sollte die definitive Fassung vorgelegt werden.

Stevie Brügger, CVP/SVP-Fraktion, ist ebenfalls für Eintreten.

Er schliesst sich seinen Vorrednern an und bestätigt ebenfalls die Vorzüge dieses Strategiepapiers, möchte aber ebenfalls kurz Stellung nehmen.

Obwohl im Bauwesen sehr viele Projekte in der Realisierungsphase stehen, ist für ihn die Ablehnung des Wegmatten I-Projektes doch sehr enttäuschend. Denn gerade dieses Projekt hätte die gewünschte Wirkung von attraktivem Wohnraum sowie der strukturellen Anpassungen am meisten vorangetrieben. Die Schliessung der Post am Lindenplatz, die nun fehlenden Einkaufsmöglichkeiten bei der Wegmatten haben eine, vor allem für ältere Leute, katastrophale Einkaufssituation zur Folge. Dieses Problem sollte im Hinblick auf die neue Entwicklungs- und Massnahmenplanung nicht ausser Acht gelassen werden. Ebenso die aktuellen Verkehrsprobleme in Allschwil. Auch im öffentlichen Verkehr ist viel in Planung, bestehen viele Ideen. In Sachen Feuerwehr wurde ebenfalls viel erreicht, wie z.B. das Feuerwehrreglement, der bewilligte Investitionskredit. Doch ein geeigneter Standort für das neue Feuerwehrmagazin konnte noch nicht realisiert werden.

Zusammenfassend ist es ein sehr aussagekräftiges Papier, zeigt es nicht nur die erreichten Ziele auf, sondern eben auch, welche Problematik unbedingt noch in Angriff genommen werden muss.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, nimmt das Papier zur Kenntnis, vermisst jedoch im Strategiepapier, dass z.B. haushälterischer mit den Steuergeldern umgegangen werden muss. Ebenso sollte der Gemeinderat möglichst bald eine Senkung des Steuerfusses anstreben. Er bezweifelt des Weiteren das Bedürfnis nach einem Begegnungszentrum.

://:

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

DETAILBERATUNG

Seite 7 Kapitel 1
Keine Wortmeldung

Seite 10 Kapitel 2
Keine Wortmeldung

Seite 12 Kapitel 3

Peter Hauser, SVP-Fraktion, findet gut, dass der Allschwiler-Wald unter Naturschutz gestellt wurde, doch zweifelt er an der Umsetzung. Braucht es in unserem 220 ha grossen Allschwiler Wald Events für Mountainbike, Jagd, OL's etc.? Ob nun die Auflösung der Arbeitsgruppe Amphibienschutz per 1. Juli 2004 wirklich beschlossen werden soll, bittet er den Gemeinderat nochmals zu überdenken. Es sollte noch viel mehr Sorge getragen werden.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, unterstützt die Meinung seines Vorredners, wünscht sich seitens des Gemeinderats ein offenes Ohr nicht nur für die Wirtschaftsvertreter, sondern auch mehr für die intakte Natur rund um Allschwil. Eine intakte Natur ist ein Bedürfnis der Bevölkerung, und er wünscht sich etwas mehr Effort in dieser Richtung.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, nimmt in Vertretung von Paul Schüpbach, als Mitglied der Arbeitsgruppe Wald, Stellung: Er vertritt die Meinung, dass ein Unterschutzstellen des Allschwilerwaldes bewirkt, dass der Wald intakt bleibt. Einen Wald zu erhalten bedeutet ihn zu verjüngen, deshalb sind Kahlschlagungen wichtig. Der Wald soll auch noch in 50 Jahren intakt sein, nicht nur jetzt.

Durch ein gezieltes Ausholzen am Waldrand soll erreicht werden, dass ein gestufter Wald mit Krautschicht, Strauchschicht und Baumschicht entsteht oder erhalten bleibt.

Der Tierbestand ist soweit in Ordnung. Obwohl hie und da ein Reh dem Verkehr zum Opfer fällt, ist der Rehbestand gut. Der Wald wird von der Bevölkerung vor allem an den Wochenenden

intensiv genutzt. Mountainbikes zu verbieten wäre zwar schön, es ist aber sinnvoller, diese zu kanalisieren. OL sind bewilligungs- ja sogar koordinationspflichtig. Geplante OL's müssen ein Jahr zum Voraus beantragt werden.

Äste, die an den Waldrändern, in der Nähe der Feuerstellen liegen, soll die Bevölkerung abhalten, tiefer in den Wald zu gehen, um Holz zu suchen. So wird eine natürliche Barriere geschaffen und das Wild geschützt.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, fragt, wie die obenerwähnte Kanalisierung konkret aussieht.

Roman Meury erwähnt, dass der Wald genau kartografiert wurde. Man versucht die Leute vom urwaldähnlichen Teil des Waldes fern zu halten und die verschiedenen Aktivitäten auf die bereits intensiv genutzten Waldteile zu konzentrieren. Man wird diese Massnahmen und Zeitpläne in den nächsten 2-3 Jahren umsetzen.

Seite 13 Kapitel 4
Keine Wortmeldung

Seite 14 Kapitel 5

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fragt Gemeinderätin Bea Fuchs, woher die Aussage „Das Bedürfnis nach einem offenen Begegnungszentrum scheint unbestritten“ stamme.

Gemeinderätin **Bea Fuchs** nimmt Stellung: Vor allem Leute, welche mit Familien und Kindern, resp. Jugendlichen zu tun haben, unterstützen die Aussage nach einem unbestrittenen Bedürfnis. Der Robinsonspielplatz war ursprünglich nur für Kinder im Schulalter vorgesehen, die dort ihre Freizeit verbringen wollen. In der Zwischenzeit zeigte sich aber, dass immer mehr Eltern ihre Kinder dorthin begleiten. Es sind vor allem auch neu zugezogene Familien, die Kontakt suchen. Immer mehr Mütter suchen eine solche „Begegnungsstätte“ auf, lassen ihre Kinder dort spielen, und sie selbst pflegen den Kontakt mit anderen Müttern.

Auf dem Dürrenmatten-Treff, auch Trämlispielplatz genannt, wird von den Frauen regelmässig ein Flohmarkt organisiert, wo Kleider, Spielsachen etc. verkauft werden. Bei schlechtem Wetter hätten aber all die über 100 Frauen, wie dies Bea Fuchs erst kürzlich gesehen hat, im Begegnungszentrum auf dem Trämlispielplatz nicht Platz gefunden.

Es wird immer wieder von einem Familienzentrums gesprochen. Bea Fuchs betont aber, dass es ein Begegnungszentrum sein soll, also für alle Leute, die Kontakt suchen und brauchen. Es werden auch Büros eingerichtet für Suchtprophylaxe, so wie dies bereits auf dem Robispielplatz im Keller besteht.

Zum Begegnungszentrum Robispielplatz weist Bea Fuchs darauf hin, dass die Baracke abbruchreif ist. Seit 3 Jahren versuchen die Mitarbeiter/innen vergeblich, die Innentemperaturen auf mehr als 15 Grad zu steigern und dies an einem Ort, wo Kinder spielen.

Die Baracke wird auf jeden Fall abgerissen, deshalb das Konzept dieses Begegnungszentrums.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist nicht der Meinung, dass alles immer auf Kosten der Steuerzahler gehen muss. Er hinterfragt auch den Absatz 4) „.....regelmässige offene geschlechterspezifische Veranstaltung.....“. Ob da evt. negative gesellschaftspolitische Äusserungen geschluckt werden.

Bea Fuchs, Departementsvorsteherin Bildung/Erziehung/Kultur, weist darauf hin, dass eine wohnungssuchende Familie nicht nur eine günstige, attraktive Wohnung sucht, sondern auch nach den entsprechenden Attraktivitäten Ausschau hält. Nicht der Steuerfuss einer Gemeinde ist das Wichtigste, sondern deren Angebot an Attraktivitäten.

Als geschlechterspezifische Veranstaltung wird nun schon seit ca. 2 Jahren alle 1 – 2 Wochen in einer Männergruppe versucht, die Gewaltbereitschaft in den Griff zu bekommen. Dies ist auch eine sinnvolle Aufgabe, denn vom Ergebnis profitieren schlussendlich alle.

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter** bittet die Parlamentarier, die Sprechenden nicht zu unterbrechen.

Seite 16 Kapitel 6
Keine Wortmeldung

Seite 17 Kapitel 7

Christoph Morat, SP-Fraktion, möchte wissen, welche punktuellen Massnahmen speziell am Lindenplatz geplant sind. Nach der Schliessung der Post sind die beiden Kreuze vor dem Postgebäude nicht mehr nötig. Es ist eine gefährliche Situation, die man überprüfen muss.

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienst & Sicherheit, nimmt diese Frage entgegen.

Als Zweites führt **Christoph Morat** an, dass die Aussage „Das Konzept Feuerwehr Allschwil wurde durch den Einwohnerrat gutgeheissen“ nur bis zu einem gewissen Grad stimmt.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, spricht die Verkehrssicherheit während der Sanierung der Neuweilerstrasse an. Am Mühlebachweg/Neuweilerstrasse wird vermehrt zu schnell gefahren, vor allem von Autofahrern aus dem Elsass. Schilder und Geschwindigkeitsbegrenzung wären eine Variante.

Seite 19 Kapitel 8
Keine Wortmeldung

Seite 22 Kapitel 9
Keine Wortmeldung

Seite 23 Kapitel 10
Keine Wortmeldung

Seite 24 Kapitel 11
Keine Wortmeldung

Seite 25 Kapitel 12
Keine Wortmeldung

Seite 26 Kapitel 13

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erkundigt sich, ob sich Frankreich und Deutschland in gleichem Masse an den Kosten für Nachbarschaftskonferenz, Infobest Palmrain, Regio TriRhena-Rat etc. beteiligen.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, bestätigt, dass die Kosten zwischen den drei Ländern aufgeteilt werden. Die Nachbarschaftskonferenz hat gar kein Budget, sondern die Veranstaltungen werden abwechslungsweise von diesen drei Ländern organisiert und durchgeführt. Die TAB verlangt einen Mitgliederbeitrag von Euro 100.-- für Gemeinden in der Grösse von Allschwil. Infobest Palmrain verlangt bescheidene Beiträge.

Seite 27 Kapitel 14

Zum Punkt „Fortschrittliche Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie zeitgemässe Entlohnung“ erkundigt sich **Christoph Morat**, SP-Fraktion, ob die Teilzeitstellen speziell gefördert werden, ob Spezielles angeboten wird.

Ruth Greiner bestätigt, dass auf der Gemeinde sehr viele Teilzeitstellen vorhanden sind, und wenn ein Begehren vorliegt, wird dieses, wenn immer möglich berücksichtigt.

Seite 28 Kapitel 15
Keine Wortmeldung

Seite 29 Kapitel 26
Keine Wortmeldung

Seite 30 Kapitel 17
Keine Wortmeldung

Seite 32 Kapitel 18

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, zitiert die Aussage „Die Erfahrungen, die mit den Partei- und Fraktionstreffen gemacht wurden, haben aus Sicht des Gemeinderates nicht zu den erhofften Erfolgen geführt etc.“. Er möchte wissen, wie das zu verstehen ist, und um welche Projekte es sich dabei handelt.

Ruth Greiner führt an, dass der Gemeinderat mit solchen Sitzungen eine Art Info-Forum schaffen wollte. Grössere Planungsvorhaben sollten in der frühen Phase diskutiert werden. Es wurden solche Sitzungen durchgeführt, doch gab es meistens nur Infos seitens des Gemeinderates. Es wird in Zukunft weiterhin solche Treffen geben, jedoch nur, wenn auch konkrete Themen zur Diskussion stehen.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, versteht nicht, warum die Anzahl der Stimmberechtigten höher ist, als die Anzahl Steuerpflichtigen. Ein Ausländer beispielsweise ist zwar steuerpflichtig, hat aber kein Stimmrecht.

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, erstaunt es auch, dass diese Zahlen derart weit auseinander gehen. Sie legt aber dar, dass bei den natürlichen Personen ein steuerpflichtiges Ehepaar nur als eine natürliche steuerpflichtige Person erfasst wird. Stimmberechtigt hingegen sind beide Eheleute.

Ruth Greiner ergänzt Ihre Antwort zur vorherigen Frage von Eugen Neeser dahingehend, dass beispielsweise ein Dialog beim „Projekt Bau der neuen Gemeindeverwaltung“ gesucht wurde.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt zu bedenken, dass bei grossen Masseneinbürgerungen, wie sie zur Zeit stattfinden, viele Ausländer ohne Einkommen zwar abstimmen können, aber keine Steuern zahlen.

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, fügt an, dass auch ein Einwohner mit Einkommen „Null“ steuerpflichtig ist.

Schlussabstimmung

://:

1. von der Standortbestimmung per Februar 2004 zur Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2000-2006 des Gemeinderates wird Kenntnis genommen.

Der Antrag wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

396 01.032.004 Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente

5. Berichte des Gemeinderates vom 12.11.2003 und der Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente vom 09.01.2004 betreffend Teilrevision Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 24.09.1997, 1. Lesung, Geschäft 3466/

Margaret Wagner, Präsidentin der Kommission, zitiert den Auszug aus dem Reglement von 1997 betr. Anrecht auf Mietzinsbeiträge, wie folgt: „Anrecht auf Mietzinsbeiträge haben Personen mit bescheidenem Einkommen, wobei die Jahreseinkommenshöchstgrenze bei Fr. 37'700.— liegt“. Damals hat man an Alleinerziehende gedacht, nicht aber an Ehepaare. Der zweite Punkt betr. § 7 „Mieter und Mieterinnen haben nur dann ein Anrecht auf Mietzinsbeiträge, wenn die Zahl der Zimmer jener der Bewohnerinnen und Bewohner um nicht mehr als 1 übersteigt“. Diese beiden Punkte wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialen Dienste immer wieder bemängelt. Sie haben festgestellt, dass das bestehende Reglement eine beträchtliche Härte aufweist. Punkt 1: Das Jahreseinkommen war berechnet für Alleinerziehende (37'700.--), Familien mit zwei Verdienenden wurden aber nicht berücksichtigt. Familien mit 2 Elternteilen können also keine Mietzinsbeiträge erhalten, wenn sie mehr als Fr. 37'700.— verdienen. Deshalb hat der Gemeinderat vorgeschlagen, dass die Einkommenshöchstgrenze auf Fr. 46'500.— für Ehepaare festgelegt werden soll. Kinderbeitrag Fr. 4.000.--. Dies scheint der heutigen Zeit angemessen. Für Alleinerziehende bleibt es bei der Jahreseinkommenshöchstgrenze von Fr. 37'700.--.

2. Punkt: das Reglement von 1997 der Gemeinde Allschwil erlaubt Mietzinsbeiträge nur, wenn die Zahl der Zimmer jener der Bewohnerinnen um nicht mehr als 1 übersteigt, auch dies führt zu Härtefällen. Nach dem Tod eines Ehepartners z.B. muss die Witwe oder der Witwer gemäss diesem Reglement aus der Wohnung ausziehen, oder sie/er bekommt keine Mietzinsbeiträge mehr. Es gibt zwar Ausnahmeregelungen, die Sozialen Dienste haben diese zum Teil auch benutzt. Es hat sich aber eine Aenderung des Reglements aufgedrängt. Muss z.B. ein Witwer aus einer Dreizimmer-Wohnung in eine teurere Zweizimmer-Wohnung umziehen, bräuchte man bedeutend höhere Mietzinsbeiträge von der Gemeinde.

Die Mitglieder der Kommission haben sich davon überzeugen lassen, dass die beiden genannten Neuregelungen des Reglements absolut sinnvoll sind. Daniel Siegrist, Hauptabteilungsleiter der Sozialen Dienste hat die Kommission von der Wichtigkeit dieser Neuregelung überzeugt. Einzige Aenderung: im Paragraph 5 soll es neu heissen: Ehepaare oder Konkubinatspaare. Dies entspricht der Praxis der Sozialen Dienste.

Die Kommission hat einen einstimmigen Entscheid gefasst mit 7:0. Margret Wagner teilt noch mit, dass sie vergessen hat, Bruno Steiger auf der Liste aufzuführen. Er war aber dabei und alle 7 haben einen Konsens gefunden.

://:

1. Der Teilrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 24.7.1997 in der Fassung der Kommission wird zugestimmt.

Dr. Anton Lauber, Departementsvorsteher Soziale Dienste/Gesundheit, lobt die Zusammenfassung der Vorrednerin. Er bestätigt, dass es, wie bereits erwähnt wurde, hauptsächlich ältere Leute trifft, die schon seit 20, 30 oder noch mehr Jahren in ihren 3-Zimmer-Wohnungen leben. Sie sind meistens auch nicht mehr richtig mobil. Die Bestimmung dieses Reglements habe dazu geführt, dass man 74-Jährige einladen musste, eine 2 Zimmerwohnung zu suchen, dies wäre aber völlig unsinnig gewesen. Es mussten Härtefallregelungen getroffen werden im Gemeinderat, doch wenn diese zu oft in Anspruch genommen werden müssen, sollte besser das Reglement geändert werden.

Dr. Anton Lauber stimmt grundsätzlich auch dem 2. Aenderungsvorschlag der Kommission betr. Zusatz „Konkubinatspaare“ zu, allerdings mit Bedenken, da der Begriff Konkubinat kein klar definierter Begriff sei. Ob ein Konkubinat besteht, liegt meist in der Deklaration der betroffenen Parteien. Wenn er zum Beispiel ein Paar als Konkubinatspaar ansieht, bekommt er am nächsten Gespräch bereits zwei separate Mietverträge vorgelegt, oder einen Untermieter-Vertrag. Es ist auch nicht ganz einfach herauszufinden, wie weit das Einkommen des Mitbewohners zum Einkommen des Antragsstellers hinzugerechnet werden kann, letztendlich gilt die einfache Gesellschaft beim Konkubinatspaar und es kommt darauf an, welche interne Regelung das Paar getroffen hat. In der Praxis ist es natürlich unfair, wenn Konkubinatspaare nicht gleich behandelt werden wie Ehepaare. Da man sich in den Sozialen Diensten immer mit

dieser Thematik auseinanderzusetzen hat, ist er bereit, diese Aenderung im Gesetzestext so zu übernehmen.

EINTRETEN

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, erklärt Eintreten.

Giulio Vögelin, SP-Fraktion, ist ebenfalls für Eintreten. Es hat sich während den Diskussionen in der Fraktion gezeigt, dass das Thema bezüglich der Beträge kein Problem dargestellt hat. Die Thematik betreffend 2-Zimmerwohnung gab eine etwas längere Diskussion, doch wurde mehrheitlich eine Teilrevision für sinnvoll befunden.

Stevie Brügger, CVP/SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist für Eintreten, da die Teilrevision grundsätzlich kostenneutral sei und mit dieser Revision sogar noch Kosten gespart werden könnten.

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

DETAILBERATUNG

Hanspeter-Frey, FDP-Fraktion, hat noch Fragen zu einigen Begriffen im Kommissionsbericht der Gemeindeordnung, was „weitgehend kostenneutral“ bedeute, wie hoch überhaupt die Summe sei, die ausgerichtet werden muss. Wie könne die Summe weitgehend kostenneutral sein, wenn die Summe höher werde. Er möchte gerne wissen, um wie viele Anträge es sich handelt und ob die Bezüger von Mietkostenzuschüssen ihre Anträge jährlich stellen müssten, was gerade für ältere Leute sicher eine Zumutung wäre. Im Reglement wird von der Jahreseinkommensberechnung gesprochen. Es würde ihn interessieren, ob für alle Sozialleistungen, die in Allschwil ausgerichtet werden, die gleichen Ansätze gelten. Des Weiteren fragt er sich, ob für die Berechnung die Steuerdeklaration gilt oder ob die Angaben auf einer Vertrauensbasis erfolgen.

Dr. Anton Lauber möchte keine Zahlen nennen, bevor diese genau nachgeprüft werden können, nimmt aber Stellung zu den grundsätzlichen Fragen. Details zu Anzahl Anträgen und Franken zur Rechnung 2003 kann er bei der 2. Lesung aufzeigen. Die Anträge werden jährlich gestellt, letztendlich geht es jeweils um die Überprüfung der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In allen pendenten Fällen wird geprüft, ob die bestehenden Verfügungen angepasst werden müssen. Es müssen immer sämtliche Einkommen deklariert werden, es wird eine Selbstdeklaration verlangt mittels eines so genannten Laufblattes, welches hinterlegt werden muss. Da es meistens alte Leute betrifft, geht es vor allem um AHV- IV, Ergänzungsleistungen und Pensionskasseneinkommen. Bei doch eher seltenen Fällen müssen Lohnausweise gebracht werden. Vermögen wird bis zu einem gewissen Punkt berücksichtigt, ab einem gewissen Vermögensbetrag hat man, wie in der Vorlage erwähnt, keinen Anspruch mehr auf Zuschüsse. Mit dieser Kontrolle kann den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden und so entsteht kein Automatismus. Zum Punkt der Kostenneutralität kann sich Dr. Anton Lauber als Gemeinderat nicht genauer äussern, weil er diese Kostenneutralität selbst nicht beeinflussen kann. Es kann entweder davon abhängen, wie viele Personen Anträge stellen oder wie viele Antragsteller mehr Anspruch auf Unterstützung haben. Deshalb ist diese Zahl variabel. Personen, welche in einer günstigen 3-Zimmerwohnung leben, müssten veranlasst werden, in eine 2-Zimmerwohnung umzuziehen, welche teurer ist. Alte 3-Zimmerwohnungen sind meist günstiger, weil lange kein Mieterwechsel stattgefunden hat.

:://:

Weitere Anträge zum Reglement von § 1bis §11 sind nicht vorhanden. Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

**6. Bericht des Gemeinderates vom 11.02.2004 betreffend
Leistungsvereinbarungen (Postulat von V. Meschberger, SP-Fraktion
vom 24.03.2003) Geschäft 3427A**

Verena Meschberger, Präsidentin der Wiko, erwähnt, dass das Geschäft 3427 A im Zusammenhang mit einer Interpellation steht, welche Dr. Anton Lauber bereits letztes Jahr im August beantwortete. Die Beantwortung dieser Interpellation gab der Fireko die Möglichkeit, ihre Revisionsaufgaben zu überprüfen. Die vorliegende Beantwortung des Postulats beantwortet alle Fragen zur vollen Zufriedenheit. Das Hauptanliegen war, dass keine Leistungsvereinbarungen zwischen Gemeinde und irgendeiner Organisation bestehe, welche entweder eine Organisation oder eine betroffene Gemeinde bevorzugen würden. Auch diese Frage wurde positiv beantwortet.

Dieses Jahr konnte die Fireko zum ersten Mal mit sämtlichen Organisation, welche Leistungsvereinbarungen haben, Abmachungen treffen, um entweder die gewohnte Revision oder eine Pilotrevision durchzuführen. In der nächsten Legislaturperiode kann die Fireko einen Plan festlegen, welcher erlaubt, Revisionen bei den Organisationen durchzuführen, welche sich vereinbaren lassen mit einem Zeitaufwand, der für Milizparlamentarier angemessen ist. Richtigerweise wies bereits Dr. Anton Lauber darauf hin, dass diese Leistungsvereinbarungen auch in den entsprechenden Leistungsaufträgen, welche von der Wiko behandelt werden, enthalten sind. Auch die Wiko hat die Möglichkeit, mit diesen Leistungsvereinbarungen zu kontrollieren, ob alles in Ordnung ist. Verena Meschberger bedankt sich bei Dr. Anton Lauber für die beiden ausführlichen Gespräche. Sie schätzt es sehr, dass der Gemeinderat an einer Transparenz gegenüber dem Parlament interessiert ist. Ihr Postulat wurde ausführlich beantwortet und kann demzufolge abgeschrieben werden.

Dr. Anton Lauber bestätigt, dass der Fireko und der Wiko eine zentrale Kontrolle zukomme und er verweist in diesem Zusammenhang dabei auf sein Zitat „die gläserne Verwaltung sei ihm ganz sympathisch“. Bei all diesen Leistungsvereinbarungen geht viel Geld von der Gemeindeverwaltung an private Institutionen, vor allem auch an Vereine und Stiftungen, deshalb ist eine Kontrolle auch sehr wichtig. Er möchte festhalten, dass die Fireko aufgrund der Leistungsvereinbarungen selbst entscheidet, ob sie die Revision selbst vornimmt oder durch eine externe Stelle durchführen lässt. Je grösser also das Umsatzvolumen der betreffenden Institution ist, desto eher drängt sich selbstverständlich eine professionelle Ueberprüfung durch eine externe Revisionsstelle auf. Er denkt dabei z. Bsp. an Alterszentrum, Spitex etc. Alle anderen Institutionen waren bereit, solche Kontrollen durch das Parlament vornehmen zu lassen. Es wurde bereits beschlossen, dass die Revision auf Grund der Leistungsvereinbarungen des Alterszentrums am Bachgraben von einer externen Revisionsstelle durchgeführt werden soll.

://:

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Zum Thema „Revision Alterszentrum am Bachgraben“ möchte **Verena Meschberger** ergänzend mitteilen, dass die Fireko eine externe Revision beantragen wollte. Herr Jenny vom Alterszentrum hat im Januar bei der Fireko ebenfalls den Wunsch nach einer externen Revision angebracht. Somit konnte die Fireko zum ersten Mal zusammen mit der Firma BDO Visura die Revision beim Alterszentrum durchführen. Es war eine sehr professionelle Angelegenheit. Verena Meschberger ist überzeugt, dass dies auch bei anderen grossen Organisationen der Fall sein wird.

Die Transparenz und Zusammenarbeit mit diesen Organisationen ist sehr erfreulich.

Keine weiteren Wortbegehren.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird wie folgt beschlossen:

1. Von der Beantwortung des Postulates Nr. 3427 betreffend die laufende Überprüfung und allfällige Anpassung von Leistungsvereinbarungen wird zustimmend Kenntnis genommen.

Der Antrag wird **mit grossem Mehr** zur Kenntnis genommen.

2. Das Postulat 3427 wird als erledigt abgeschrieben.

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

398 02.010 Sozialhilfe- und Pflegeinstitutionen

7. Bericht des Gemeinderates vom 31.03.2004 betreffend Erneuerung der Leistungsvereinbarung Spitex Allschwil/Schönenbuch, Geschäft 3508

Dr. Anton Lauber, Vorstand der Spitex Allschwil, führt an, dass vor 5 Jahren diese Spitex-Leistungsvereinbarung der Prototyp aller Vereinbarungen war. Die damalige Leistungsvereinbarung ist abgeschlossen worden mit einem Gesamtbetrag von Fr. 350'000.-- verpflichtend auf 5 Jahre. Abgemacht war eine Pauschale für die Dauer von 5 Jahren. Diese 5 Jahre sind am 1. April 2004 abgelaufen, deshalb werden präzise auf diesen Termin neue Leistungsvereinbarungen vorgelegt. Die Spitex Allschwil ist eine tolle Institution, welche professionell geführt ist. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Der Mensch im Mittelpunkt braucht sehr viel Mensch, um auch Mensch im Mittelpunkt zu sein. Diese Arbeit, die von der Spitex erbracht wird, ist sehr personalintensiv. Dies bedeutet hohe Lohnkosten, schwierige Veränderungen im Umfeld wirken sich auf die Kosten aus. Das Spitex-Zentrum, welches letztes Jahr eingeweiht werden konnte, erfreut sich grösster Beliebtheit, erfährt einen grossen Zulauf. Das Spitex-Zentrum Allschwil hat sich als Musterlösung nicht nur regional, sondern auch überregional bekannt gemacht. Direkt an der 6er Linie, in der Nähe des Alterszentrums, Verknüpfung der Angebote im Spitex externen Dienst zusammen mit der Betagtenhilfe aber auch mit Tagesstätten ist neuartig. Dass die ganze Institution einen hohen Beliebtheitsgrad aufweist, zeigt sich auch dadurch, dass im Rahmen des Umzugs über 800 einzelne Spenden von insgesamt Fr. 56'000.— eingegangen sind. Diese Institution ist also fest eingebettet und in Allschwil nicht mehr wegzudenken. Die Mitgliederinnahmen betragen Fr. 140'000.-- pro Jahr, und mit regelmässigen Spendengeldern von Fr. 25'000.— kann man rechnen. Der eingesetzte Pauschalbetrag von Fr. 350'000.— für die letzten 5 Jahre wurde strikt eingehalten. Die Sicherheit in Bezug auf die Höhe der Leistungspauschale ist so auf beiden Seiten gewährleistet. Die finanziellen Gegebenheiten haben sich in den letzten 5 Jahren in inhaltlicher wie auch in finanzieller Hinsicht markant verändert. Dr. Anton Lauber verweist auf den Bericht des Gemeinderates und führt als Gründe die Kürzungen der Leistungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen an, sowie Lohnrevision, Teuerung und restriktivere Massnahmen der Krankenkassen (Seite 2, Punkte 1-4). Daraus resultiert, dass insgesamt während diesen 5 Jahren total Fr. 475'000.— an Kürzungen bzw. Mehrausgaben hinzunehmen waren. Mit der Einführung einer Administrationspauschale, einer zusätzlichen Wegpauschale und einer leichten Erhöhung der Stundenansätze der hauswirtschaftlichen Leistungen konnten zusätzliche Fr. 209'000.— generiert werden. Mit Optimierungen in der Organisationsstruktur, Personalabbau, Betriebsstraffung und Äufnung zusätzlicher Spendengelder konnten Mehrausgaben stark reduziert werden.

Das Krankenversicherungsgesetz KVG und die Krankenversicherungsverordnung KVV regeln im Detail, wer welche Leistungen in Anspruch nehmen kann. Damit ist sichergestellt, dass im Bereich der Krankenpflege nur Leistungen erbracht werden, die von den Krankenversicherungen übernommen werden, sofern sie auf ärztliche Anordnung hin oder im ärztlichen Auftrag erbracht werden.

Mit der Aenderung der KLV wurden in Bezug auf die Krankenpflege zu Hause die Bedarfsabklärung sowie die Kontrolle der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit der Leistungen in die Verordnung aufgenommen. Der Zentralvorstand des Spitex-Verbandes Schweiz wird zu diesem Zweck mit Unterstützung der Kantonalverbände ein einheitliches Bedarfsabklärungsinstrument einführen.

Zu den Veränderungen weist Dr. Anton Lauber auf die Punkte auf Seite 3 des Berichtes hin, betr. Finanzausgleich, die hängige Lohnklage, die 1. BVG Revision, sowie die bereits oben erwähnte RAI-Home-Care hin. Somit steht ein Finanzierungsbedarf von Fr. 213'000.— an. Wie bereits erwähnt regelt die Leistungsvereinbarung das Dienstleistungsangebot der Spitex Allschwil-Schönenbuch. Der Leistungskatalog richtet sich im Bereich der Gemeindekrankenpflege strikte nach der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV).

Dr. Anton Lauber möchte, wie bei jeder Leistungsvereinbarung, am Modell der Jahrespauschale festhalten, da es sich sehr bewährt hat.

Der Finanzierungsbedarf wird von der Spitex gemäss Budget auf Fr. 582'000 veranschlagt. Davon fallen 94,8 % an Allschwil, 5,2 % an Schönenbuch (Aufteilung pro Kopf).

Die Spitex Allschwil-Schönenbuch wird zudem verpflichtet, sich durch eine befähigte Revisionsstelle prüfen zu lassen. Ansonsten wird ohne Weiteres die FIREKO für die Revision zuständig sein.

Matthilde Oppliger, CVP/SVP-Fraktion, möchte sich den Ausführungen von Dr. Anton Lauber anschliessen. Sie betrachtet den Bezug des Spitex-Gebäudes an der Baslerstrasse als wahren Glücksfall. Es liegt verkehrstechnisch optimal. Die Betagtenhilfe Allschwil-Schönenbuch ist im Spitex-Zentrum eingemietet. Durch den hoch motivierten Einsatz des Spitexteams können oft Spitalaufenthalte verkürzt oder der Einzugs ins Altersheim hinausgezögert werden. Der Einsatz der Spitex kostet die Gemeinde ein Vielfaches weniger als ein verlängerter Spitalaufenthalt oder der frühzeitigere Eintritt in das Altersheim. Die SVP/CVP-Fraktion ist für Eintreten.

Alice Märky, FDP-Fraktion, bestätigt ebenfalls Eintreten

Verena Meschberger, SP-Fraktion, schliesst sich den Aussagen ihrer Vorrednerinnen an. Besonders beeindruckte sie, dass in der neuen Leistungsvereinbarung ausdrücklich festgehalten wurde, dass die Spitex neu während 7 Tagen 24 Stunden zur Verfügung steht. In der alten Leistungsvereinbarung war vermerkt, dass an den Wochenenden kein Einsatz stattfindet. Sie lobt auch die gesamte Organisation der Spitex. Ein spezieller Dank an Herrn Kury für diese tolle Arbeit. Ein weiterer positiver Punkt, dass sich andere resp. ähnliche Organisationen in der Spitex einmieten konnten. Das gewährleistet eine optimale Betreuung der hilfebedürftigen Personen.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung der vorliegenden Leistungsvereinbarung.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, schliesst sich den bereits geäusserten Erläuterungen an.

://:

EINTRETEN wird einstimmig beschlossen.

DETAILBERATUNG

Christoph Morat, SP-Fraktion, vermisst in der Leistungsvereinbarung, unter Punkt 3 „Konzeptionelle Einbettung“ das dort erwähnte Leitbild. Nach einem Leitbild arbeiten bedeute nicht, dass man konzeptionell eingebunden ist, sondern es gibt ein Konzept „Alter“. Er vermisst den Hinweis, dass es ein Leitbild „Alter“ in Allschwil gibt.

Dr. Anton Lauber, verweist auf die Ziffer 15, wo die Einbettung ganz klar definiert ist. Er ist auch sicher, dass Herr Kury ein Leitbild bereit hat. Er hat grundsätzlich nichts gegen ein Leitbild und nimmt dies als Anregung entgegen.

Keine weitere Wortmeldung.

://:

gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird beschlossen:

1. Der revidierten Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Allschwil und der Spitex Allschwil-Schönenbuch wird zugestimmt.

Dem Antrag wird **einstimmig** zugestimmt.

2. Die revidierte Leistungsvereinbarung wird rückwirkend auf den 1.4.2004 in Kraft gesetzt. Sie ersetzt die Leistungsvereinbarung vom 1. April 1998.

Dem Antrag wird **einstimmig** zugestimmt

PAUSE

INFOFENSTER DES GEMEINDERATES

Dr. Anton Lauber, zukünftiger Gemeindepräsident, informiert kurz über die Konstituierung des neuen Gemeinderates. Die Stellvertretung des Gemeinderatspräsidenten wird durch Nicole Nüssli gewährleistet, welche neu das Departement Finanzen übernehmen wird. Roman Meury wird weiterhin die Projekte im Departement Hochbau/Raumplanung betreuen, ebenso leitet Paul Schüpbach wie bis anhin das Departement Tiefbau. Bea Fuchs behält das Departement Bildung/Erziehung/Kultur. Als neues Mitglied im Gemeinderat wird Saskia Schärer sich um das Departement Einwohnerdienste & Sicherheit kümmern und Arnold Julier wird als Nachfolger von Dr. Anton Lauber das Departement Soziale Dienste/Gesundheit übernehmen. Die zu besetzenden gemeinderätlichen Kommissionen wurden im Allschwiler Wochenblatt bereits ausgeschrieben. In einer 2. Sitzung werden die gemeinderätlichen Kommissionen bestellt werden. Die einwohnerrätlichen Kommissionen sind ebenfalls zu besetzen. Nach diesen Vorbereitungen werden die Parteien genügend Zeit haben, die entsprechenden Kandidaten den jeweiligen Kommissionen zuzuteilen.

399 12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

**8. Bericht des Gemeinderates vom 10.03.2004 betreffend
Nachtragskredit für die Räumung des Familiengartenareals
Baselmattweg, Geschäft 3506**

In der Volksabstimmung vom 30. November 2003 hat der Souverän dem Einwohnerratsbeschluss über die Quartierplanung „Wegmatten 1“ die Zustimmung verweigert. Dies hat zur Konsequenz, bedauert **Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, dass die Räumung eines Grossteils des ehemaligen Familiengartenareals nicht durch die COOP finanziert wird. Für den Kreisel müssen nun ebenfalls Fr. 800'000.— aufgebracht werden.

Der Gemeinderat musste einen politischen Entscheid fällen. Es wäre nicht zu verantworten gewesen, den Rückbau des Familiengartenareals in der vollen Vegetation zu bewerkstelligen. Des Weiteren sollten verlassene Gartenhäuser nicht als illegale Wohnräume missbraucht werden. Im § 162 des Gemeindegesetzes BL steht „Bei Dringlichkeit darf der Gemeinderat die Ausgabe vor der Nachtragskreditbewilligung tätigen“. Beim Rückbau wurden erhaltenswerte Bäume geschont. Er bittet im Namen des Gemeinderates diesem Antrag zuzustimmen.

EINTRETEN

Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, findet die Vorgehensweise nicht ganz in Ordnung. Er ist der Meinung, man hätte schon im Dezember 03/Januar 04 den Antrag für den notwendigen Nachtragskredit stellen können. Der Gemeinderat hat die Arbeit vergeben, die Arbeit sei ausgeführt und muss bezahlt werden. Man stehe vor vollendeten Tatsachen. Ihn interessiert, mit welchem Verfahren die Submission durchgeführt wurde. Die FDP-Fraktion wird diesen Nachtragskredit akzeptieren.

Margaret Wagner, SP-Fraktion, ist ebenfalls für Eintreten.

Felix Keller, CVP/SVP-Fraktion, schliesst sich den Äusserungen von Alexandre Philipp an. Er geht davon aus, dass noch mehr Kosten auf uns zukommen werden, z.B. für Parkbänke, Robidogs und Unterhalt etc.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt zu bedenken, dass vorauszusehen war, dass bei einer Ablehnung des „Wegmatten I“-Projektes ein Nachtragskredit fällig werden würde. Die SD-Fraktion ist für Eintreten.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, beantwortet die Frage von Alexandre Philipp nach dem Vergabeverfahren. Die Arbeiten sind dem Bauhauptgewerbe zuzuordnen. Er zitiert § 7 der Beschaffungsverordnung. „Das freihändige Verfahren ist zulässig im Bauhauptgewerbe, wenn der Auftrag bis Fr.100'000.-- ist“. Der Auftrag übersteigt diesen Betrag nicht (lt. Gesetz ohne Mehrwertsteuer!)

In dem nun beantragten Nachtragskredit von Fr. 119'000.— ist nun die Mehrwertsteuer enthalten sowie die von Felix Keller bereits angesprochenen Mehrkosten.

So ist es z.B. auch wichtig, dass der Forstequipe der Zugang zum Bachgraben für die entsprechende Baumpflege ermöglicht wird. Deshalb müssen auch die Wege auf diesem Areal dementsprechend planiert werden. Er widerspricht der Feststellung von Margaret Wagner, wonach der Einsatz der Zivilschutzleute die Kosten des Rückbaus massiv verringert hätte. Für den Zivilschutz war es eine Übung. Innerhalb kurzer Zeit wurde der Abriss von belassenen Gartenhäusern durch den Zivilschutz ausgeführt, aber ohne spezielle Kosteneinsparung.

://:

Eintreten wird bei 2 Enthaltungen beschlossen.

DETAILBERATUNG

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, ist der Ansicht, dass die Kosten für diese Räumung zu hoch gewesen sind und die Firma die Situation ausgenützt hat.

Christoph Morat, SP-Fraktion, spricht von einer "Verkalkulierung". Wieso braucht es über Fr. 1000.— pro m2 nur um ein solches Gelände zu begrünen. Zudem hätte seiner Meinung nach eine eingeladene Submission stattfinden müssen. Er möchte wissen, wie es zu diesen Arbeitsvergaben kam.

Alexandre Philipp, FDP-Fraktion bedankt sich bei Bruno Steiger für die Zustimmung

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, bestätigt, dass die gesetzliche Grenze bei der Vergabe eingehalten wurde. Er betont, dass sich der Gemeinderat minutiös an

die Bestimmungen hält, welche ihm vom Kanton auferlegt werden. Paul Schüpbach widerlegt die Berechnung von Christoph Morat, wonach die Räumung des Areals auf Fr. 1'000.— pro m² zu stehen kam.

Margaret Wagner, SP-Fraktion, möchte festhalten, dass die Familiengärten schon früher urbar waren. Was ihr bei der „Grünanlage“ noch fehlt, sind ein Kiosk und Toiletten.

Thomas Pfaff, SP-Fraktion, ist der Meinung, der Gemeinderat hätte schon im Dezember 2003 mitteilen müssen, dass im Falle einer Ablehnung des Wegmattenprojektes höhere Kosten auf die Gemeinde zukommen werden. Dass dann nicht nur der Kreisel für die Gemeinde eine Mehrkostenbelastung mit sich bringt, sondern eben auch die Räumung der Familiengärten. Er hätte erwartet, dass unmittelbar nach der Abstimmung der Antrag auf diesen Nachtragskredit dem Einwohnerrat vorgelegt worden wäre. So hätte im Januar oder Februar 04 über die Zustimmung des Kredites entschieden werden können, noch bevor irgendwelche Arbeiten ausgeführt worden wären. Er unterstellt, dass man bewusst bis März 04 gewartet hat, um diesen Antrag zu stellen.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt nimmt nochmals Stellung. Der Antrag hätte bereits im Dezember 2003 anlässlich der Budgetsitzung aufgenommen werden müssen. Es wäre aber im Januar/Februar trotzdem ein Nachtragskredit gewesen. Da der Einwohnerrat grossmehrheitlich hinter der Abstimmung Wegmatten 1 stand, war ein Nachtragskredit eigentlich gar kein Thema. Er bestätigt nachträglich noch, dass sich die Kosten für den Rückbau exakt auf Fr. 5.20 pro/m² belaufen.

Christoph Morat, SP-Fraktion, nimmt nach eigener Nachrechnung den Vorwurf des zu hohen Preises von Fr. 1'000.—/m² zurück. Er unterstellt Paul Schüpbach mangelnde Informationspolitik. Mit fadenscheinigen Beschönigungen werde auf irgendwelche Paragraphen verwiesen und so vom Einwohnerrat eine Zustimmung des Nachtragskredites verlangt.

Da in solchen Familiengärten bekannterweise viel Gift eingesetzt wird, somit kontaminierte Böden vorhanden sind, fragt **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, ob noch mit allfälligen Mehrkosten für die Entsorgung zu rechnen ist.

Diese Frage wurde nicht beantwortet.

://:

Für die Räumung des Familiengartenareals am Baselmattweg wird ein Nachtragskredit von CHF 119'000.— bewilligt.

Der Nachtragskredit wird mit **18:2** Stimmen, bei 11 Enthaltungen bewilligt.

400 11.121 Baugesuche/Bauanfragen

9. Interpellation von Lucius Cueni, SP, vom 19.02.2003, betreffend Mobilfunkantennenanlagen, Geschäft 3424

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, führt an, dass Bewilligungen von Baugesuchen für Mobilfunkantennenanlagen vom Kanton (Bauinspektorat) bewilligt werden. Anlass für diese Interpellation war der Artikel vom 11.2.03 in der BAZ „Bürger für dumm verkauft“.

Roman Meury nimmt zu den in der Interpellation gestellten Fragen Stellung.

Der Bauausschuss sowie der Gemeinderat verlangen von allen Mobilfunkbetreibern ein Konzept. Die Gesuche werden nur behandelt, wenn diese dem Konzept entsprechen.

Die verschiedenen Mobilfunkanbieter mussten darlegen, wo, in welcher Region und wie viele Antennen in Betrieb genommen werden. Bei einem Gesuch müssen Gesuch und Konzept übereinstimmen.

Für Kontrollmessungen ist Gaston Deiss, Abteilungsleiter nichtionisierte Strahlung des Lufthygieneamtes beider Basel, zuständig. Herr Deiss bestätigt, dass Kontrollmessungen durchgeführt wurden. Zum Zeitpunkt der Interpellation vom Februar 2003 wurde z.B. die Sunrise-Anlage an der Spitzwaldstrasse geprüft. Seither haben Kontrollen an der Baslerstrasse 103, Hegenheimermattweg 65, Ulmenstrasse 11, Ringstrasse 9, Gemeindezentrum/Post usw. stattgefunden.

Für die Kontrolle dieser Anlagen ist das Lufthygieneamt zuständig, durchgeführt werden die Kontrollen aber durch Messfirmen, die entsprechend lizenziert sind.

Es sind keine Fälle von widerrechtlich erstellten Anlagen bekannt.

Es werden regelmässig von Einwohnerinnen und Einwohnern Einsprachen über geplante oder bereits realisierte Anlagen erhoben. Diese werden dann dem Bauinspektorat weitergeleitet. Die Gemeinde Allschwil durfte selbst eine Messung durchführen. Träger solcher Messungen ist das „Forum der Mobilkommunikation“.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, dankt den Ausführungen von Roman Meury, möchte nur noch wissen, wie oft solche Messungen durchgeführt werden.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, kann diese Frage nicht genau beantworten, weil er über keine entsprechenden Unterlagen verfügt. Aber nach den oben erwähnten Standortmessungen geht er davon aus, dass die Messungen 2-3 mal pro Jahr durchgeführt werden.

Am 19. Mai 2004 findet keine Einwohnerratssitzung statt.

Der Präsident **Jean-Jacques Winter** schliesst die Sitzung.